

## Soziale Rechte einfordern!

Von Heidemarie Lüth

Stellv. Vorsitzende des Bundesvorstandes der PDS

Im 13. Jahr der Einheit ist es hohe Zeit nach der staatlichen auch die soziale Einheit zu vollenden. Viele Betroffene haben in den vergangenen Jahren durch parlamentarischen und außerparlamentarischen Druck, vor allem aber durch das Einklagen ihrer Rechtspositionen bis zum Bundesverfassungsgericht, ihre Ansprüche teilweise oder ganz durchgesetzt. Im Kern geht es darum, ob die Rentenansprüche, die in der DDR erworben wurden, zu den durch das Grundgesetz zu schützenden Gütern gehören.

Interessant ist auch die Tatsache, dass in den meisten gesetzlichen Klarstellungen die Regierung, ob nun schwarz/gelb oder rot/grün, immer zum Jagen getragen werden musste. Es gab auch Ausnahmen! Zu nennen sei der Versuch der Regierung von Mecklenburg-Vorpommern in den Farben rot/rot aus der vergangenen Wahlperiode, alle Überführungslücken zu schließen, die entstanden waren, weil DDR-typische Verhältnisse nicht auf bundesdeutsche Verhältnisse übertragbar waren. Diese nichtübertragbaren Sachverhalte blieben in der Rentenüberleitung völlig unberücksichtigt. Im Juli 2002 wurde der Antrag im Bundesrat nach Debatte in den entsprechenden Ausschuss überwiesen.

Im Januar im gleichen Ausschuss auf der Tagesordnung, wurde er erneut vertagt. Die Initiative, die die neue Regierung in Mecklenburg/Vorpommern in ihre Koalitionsvereinbarung aufgenommen hat, ist damit nicht zurückgewiesen. Die Erfolgsaussichten bleiben jedoch gering. Was ist zu tun? Wir alle wissen, dass die Frage der Überführungslücken und des Rentenstrafrechts nicht nur eine Frage der Bestandsrentnerinnen und -rentner sind. Sie werden weiter fortleben, solange es Anwartschaften aus Rentenansprüchen aus der DDR gibt. Diesen Gedanken könnten die durch Anwartschaften Betroffenen aufgreifen und in den kommenden Wochen ihr Anliegen dem Petitionsausschuss vortragen. Als

ehemalige Vorsitzende dieses Ausschusses darf ich eine Empfehlung geben. Schreiben Sie konkret auf, wie sich die Problemlage nach Renteneintritt darstellen wird. So richtig es auch ist gemeinsame Petitionen an den Bundestag zu richten, werden sie jedoch dort nur als ein Sachverhalt betrachtet. Ist hingegen eine detaillierte persönliche Darstellung der Problematik vorgetragen, hat jede Petentin und jeder Petent günstigere Mitwirkungsmöglichkeiten in der Bearbeitung der Petition.

In den vergangenen Wochen haben die Medien einzelne Fragen der Schließung der Überführungslücken, zuletzt die Frage der Ansprüche des ingenieurtechnischen Perso-

nals aufgegriffen. Das kann sicher genutzt werden, um mit allen Betroffenen gemeinsam um die Anerkennung der Ansprüche zu kämpfen.

### Empfehlung des Vorstandes der ISOR e.V.

Unter Bezugnahme auf den Artikel von Heidemarie Lüth empfiehlt der Vorstand allen Mitgliedern, erneut Petitionen gegen das Rentenstrafrecht an den Petitionsausschuss des Bundestages zu richten. Dabei kommt es darauf an, die persönliche Betroffenheit und die individuelle Unrechtsbehandlung zu schildern. (vgl. auch „Neue Petitionen sind erforderlich“ in **ISOR aktuell** 4/2002, Seite 1).

Darüber hinaus wird empfohlen, Petitionen an die Petitionsausschüsse der Landtage zu richten. Hier sollte es Ziel sein, die erneut auf den Weg gebrachte Bundesratsinitiative von Mecklenburg-Vorpommern zur Schließung der Lücken bei der Überleitung der DDR-Renten in bundesdeutsches Recht zu unterstützen. Es besteht auch die Möglichkeit, dass Beauftragte als Person (mit Namen und Adresse) im Namen von benannten Mitgliedern deren Anliegen dem Petitionsausschuss des Landes vortragen.

Wir bitten die TIG-Vorstände, sich dieser Sache anzunehmen, die Mitglieder zu Petitionen zu ermuntern und ihnen bei der Abfassung derselben behilflich zu sein.

## Kriegsvorbereitung gegen den Irak und die Haltung ehemaliger Angehöriger der bewaffneten Organe der DDR

Hans-Werner Deim Generalmajor a. D.

Den großen Krieg, Kriege in Europa und vor seiner Haustür gelang es, über Jahrzehnte zu verhindern. Wir waren Teilnehmer des Kalten Krieges und gehörten zur Gegenkraft, die die uns drohende andere Kraft neutralisieren konnte. Die Logik des Krieges zwang beide Konfrontationsseiten, die Logik des Friedens zu akzeptieren und anzuwenden.

Die USA haben mit den lehrreichen Erfahrungen des Kalten Krieges gebrochen. Im Zweijahresrhythmus haben sie den Krieg nach Europa zurückgeholt (März-Juni 1999), ihn am 7. 10. 2001 im Mittleren Osten entfacht und 2003 ihre Kriegsmaschine im Nahen Osten vor dem Irak aufgefahren.

Geopolitisch fixiert dieser Gesamttraum der militärischen Eingriffe der US-Streitkräfte das von den USA neu festgelegte geopolitische Zentrum der Welt, Zentralasien, und den Landkorridor zu ihm, über den Balkan und den Nahen Osten. 2005 könnte man sich dann ja Iran zuwenden!

Geoökonomisch sind das geostrategische Feldzüge und Schlachten um die Kontrolle der wichtigen Öltransportkorridore in die westlichen Verbraucherländer und um die Kontrolle der bedeutendsten Erdölreserven. Die USA werden nach Versiegen der eigenen

und anderer Erdölfelder spätestens ab 2010 voll auf die Reserven der Kaspischen und Transkaspischen Region und des Fergana Beckens (Usbekistan, Tadschikistan, Kirgisien) sowie des Nahen Ostens zurückgreifen müssen. Und das will langfristig vorbereitet sein! Im und um das Kaspische Meer werden 40% der Weltölreserven vermutet, Saudi-Arabien verfügt über fast 30%, der Irak über mehr als 10% und Iran über 8-9%.

Die USA sind keine Verfechter der Geopolitik und des Völkerrechts. Im Zusammenhang mit dem vorbereiteten Krieg gegen den Irak wird besonders deutlich, dass sie sich unverwandt an ihre alten geopolitischen Koordinaten orientieren: Überlegenheit und Herrschaft, Hegemonie über Europa und Asien. Am Beispiel Iraks wollen sie zweifelnden Freunden, bereits überwundenen Gegnern und allen potentiellen Feinden verdeutlichen: Was wir wollen, das tun wir! Unsere Streitkräfte haben die Fähigkeit zu besitzen und mit der Präsidentenvollmacht versehen, jedes auserkorene Land zu okkupieren, seine Regierung zu stürzen und eine Regierung einzusetzen, die der US-Präsident auswählt.

Vorstand und Redaktion  
grüßen alle ISOR-  
Freundinnen und  
Sympathisantinnen  
herzlich anlässlich des  
Internationalen Frauentages.



## Glückwunsch zum 10. Geburtstag

Seit nunmehr zehn Jahren erscheint regelmäßig **ISOR aktuell**.

Erinnern wir uns: Aus einem zunächst nur auf aktuelle und schnelle Information der Mitgliedschaft zu vorrangig juristischen Fragen konzipierten Mitteilungsblatt mit geringer Auflage ging ab März 1993 unsere Organisationszeitung hervor.

**ISOR aktuell** erwies sich rasch als unverzichtbares Mittel im Kampf gegen das Rentenstrafrecht, bei der organisatorischen Stärkung unserer Initiativgemeinschaft. Monat für Monat – bisher also 120 Mal – ist die Zeitung Verbindungsglied der Organisation mit ihren mehr als 26.000 Mitgliedern, ermöglicht sie sowohl schnelle Information, Rat und Hilfe als auch den Gedankenaustausch von Mitglied zu Mitglied.

Inzwischen bei einer monatlichen Auflagenhöhe von 29.000 Exemplaren und einem ständigen Umfang von sechs Seiten angekommen, bedient **ISOR aktuell** nicht nur den Informationsbedarf unserer Mitglieder und Sympathisanten, sondern auch den von Verbänden und der Politik, quer durch alle Parteien, die so oder so mit unseren Problemen befasst sind.

Das Jubiläum unserer kleinen aber feinen Zeitung ist dem Vorstand der ISOR Bedürfnis, allen Freunden herzlich Dank zu sagen, die dafür sorgten und sorgen, dass sie erscheint und ihre Funktion erfüllt: Unserem Freund **Prof. Dr. Werner Wunderlich**, der damals das Blatt auf den Weg brachte und einige Jahre verantwortlich leitete. Unserem Freund **Klaus Kudoll**, der seit der ersten Ausgabe an Bord von **ISOR aktuell** mit unverwechselbarer Ruhe und Ausgeglichenheit, mit Gründlichkeit und Geschick erfolgreich arbeitet. Allen Freunden, die seit Jahren in der ehrenamtlichen Redaktion ihr Wissen und Können für ein inhaltsreiches und informatives Blatt einbrachten und einbringen. Den fleißigen Frauen und Männern, die sich monatlich um den Versand in die TIG und um die Verteilung innerhalb der TIG kümmern. Und allen, die als Autoren, Ideenspenden, Grafiker, Fotografen, Setzer und Drucker zum Gelingen von **ISOR aktuell** beitragen.

Die Erfahrung lehrt: Zur Durchsetzung von Recht genügt es oft nicht, nur zu wissen, dass Unrecht geschieht. Es bedarf auch des Mutes, der Energie und der Tat, sich gegen das Unrecht zu wehren, für das Recht zu kämpfen. Schließen wir also in den Glückwunsch zum 10. Geburtstag die Gewissheit ein, dass unsere Initiativgemeinschaft mit **ISOR aktuell** ein wirksames Instrument für die Weiterführung des Kampfes gegen das Rentenstrafrecht hat und behalten wird.

**Prof. Dr. Horst Bischoff, Stellv. Vorsitzender**

### ► Fortsetzung von Seite 1

Die Streitkräfte haben bereit zu sein, jede für erforderlich gehaltene Region vor äußeren Interessen und Kräften zu schützen, selbst wenn es sich um die der „Partner für den Frieden“ oder sogenannten Verbündeten handelt.

Nach den folgenreichen drei Weltordnungskriegen haben es die Völker der Welt und Europas wahrlich verdient, in Frieden zu leben. Im Ergebnis der Ereignisse zu Beginn des letzten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts machten sie sich daran, dem Frieden entwickeltere Formen zu geben als dem Krieg, den Frieden nie mehr als die Zeit zwischen den Kriegen zu gestalten. Wir ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe der DDR sahen in diesem Bestreben eine gewisse Fortsetzung unserer bisherigen Lebensziele und -inhalte.

Nun aber erleben wir mit allen Bürgern unseres Landes, wie die stärkste und einflussreichste Macht der Welt Waffen und Streitkräfte wieder zum Vorzugsinstrument ihrer Staatskunst macht. Die USA militarisieren ihre Außenpolitik, um Länder und Völker, deren Führer nicht in das globale US-System passen, mit Vergeltungs- und Präventionskriegen zu überziehen. Keiner stört und behindert sie dabei; denn die potentiellen Gegenkräfte ducken sich.

Es wäre gut, wenn Verteidigungsminister Struck bei der Konzipierung der Bundeswehr der Zukunft, in der auch unsere Söhne dienen und dienen werden, jeden Eindruck vermeidet, daß sie im Bestande deutscher Expeditionstreitkräfte „über Land und Meer“ für amerikanische geopolitische Ziele und die speziellen Ambitionen der Regierungsmannschaft der USA in die Fremde ziehen und fechten werden.

Die Bundesregierung ordnet uns ein und behandelt uns als kleine und unwichtige gesellschaftliche „Gruppe ehemaliger DDR-Regimebewahrer“. Dennoch verbergen wir nicht unsere Genugtuung darüber, dass man Deutschland in der Welt als Staat mit wachsendem Selbstbewusstsein und praktizierter Souveränität wahrzunehmen beginnt, der der Menschheit und ihrem Wunsch nach Dialog und Frieden Nutzen bringen will. Eine solche Staatskunst akzeptieren und unterstützen wir.

★

### Aufruf zum Widerstand gegen einen neuen Golfkrieg

Der Vorstand der Territorialen Initiativgruppe **Stendal** der ISOR e.V. ruft alle ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe der DDR im Kreis Stendal auf, sich an den Antikriegsmaßnahmen zu beteiligen. Wir, die wir als Waffenträger über Jahrzehnte dazu beigetragen haben, dass der kalte Krieg nicht zu einem Weltbrand wurde, wis-

sen, mit welchen Lügen Kriege vorbereitet werden. Der „Angriff auf den Sender Gleiwitz“, „die Tonking Affäre“, „der Hufeisenplan“ und andere von Geheimdiensten geschaffene Vorwände dienten immer in erster Linie dazu, das eigene Volk kriegswillig zu machen. Es sind in Deutschland die gleichen Kräfte, die uns 1991 nach eigenen Aussagen „an den sozialen Rand“ drängten, die mit Strafrechten skrupellos das Grundgesetz brachen und die heute zum Angriff auf den Irak drängen. Bekannt ist, daß der Bundesnachrichtendienst zur Amtszeit von Klaus Kinkel (FDP) den irakischen Geheimdienst ausgebildet und auch Waffen an Terroristen geliefert hat.

### ► Fortsetzung auf Seite 3

## Das letzte Kapitel

*Am 12. Juli des Jahres 2003  
lief folgender Funkspruch rund um die Erde:  
daß ein Bombengeschwader der Luftpolizei  
die gesamte Menschheit ausrotten werde.*

*Die Weltregierung, so wurde erklärt, stelle fest,  
daß der Plan, endgültig Frieden zu stiften,  
sich gar nicht anders verwirklichen läßt,  
als alle Beteiligten zu vergiften.*

*Zu fliehen, wurde erklärt, habe gar keinen Zweck.  
Nicht eine Seele dürfe am Leben bleiben.  
Das neue Giftgas krieche in jedes Versteck.  
Man habe nicht einmal nötig,  
sich selbst zu entleiben.*

*Am 13. Juli flogen von Boston eintausend  
mit Gas und Bazillen beladene Flugzeuge fort  
und vollbrachten, rund um den Globus sausend,  
den von der Weltregierung befohlenen Mord.*

*Die Menschen krochen winselnd unter die Betten.  
Sie stürzten in ihre Keller und in den Wald.  
Das Gift hing gelb wie Wolken über den Städten.  
Millionen Leichen lagen auf dem Asphalt.*

*Jeder dachte, er könne dem Tod entgehen.  
Keiner entging dem Tod, und die Welt wurde leer.  
Das Gift war überall. Es schlich wie auf Zehen.  
Es lief die Wüsten entlang.  
Und es schwamm übers Meer.*

*Die Menschen lagen gebündelt  
wie faulende Garben.  
Andre hingen wie Puppen zum Fenster heraus.  
Die Tiere im Zoo schrien schrecklich,  
bevor sie starben.  
Und langsam löschten die großen Hochöfen aus.*

*Dampfer schwammen im Meer,  
beladen mit Toten.  
Und weder Weinen noch Lachen war auf der Welt.  
Die Flugzeuge irrten, mit tausend toten Piloten,  
unter dem Himmel und sanken brennend ins Feld.*

*Jetzt hatte die Menschheit endlich erreicht,  
was sie wollte. Zwar war die Methode  
nicht ausgesprochen human. Die Erde war aber  
endlich still und zufrieden und rollte,  
völlig beruhigt, ihre bekannte elliptische Bahn.*

**Erich Kästner im Jahr 1930**

(In: Erich Kästner, „Die Zeit fährt Auto“, Lyrische Bilanz; Verlag Philipp Reclam jun. Leipzig 1978)

## ► Fortsetzung von Seite 2

Wir rufen zur Teilnahme an Mahnwachen ... auf. Unterstützt die Initiative der Deutschen Sektion „Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung e.V.“ und schreibt an den Präsidenten der USA und den deutschen Bundeskanzler. Die Opfer des 2. Golfkrieges (weit über 150.000 Iraker) mahnen. Ein neuer Krieg gegen den Irak hätte verheerendere Auswirkungen für das Leben und die Gesundheit der irakischen Bevölkerung, die Menschen in den Nachbarländern und in der gesamten Welt.

*Im Auftrag des Vorstandes  
Helmut Stefan, Horst Hannaske*



### Standpunkte

Die Mitglieder der TIG **Prenzlau** unterstützten auf ihrer Mitgliederversammlung im Februar 2003 die Irak-Erklärung des ISOR-Vorstandes. Sie erwarten ebenfalls von der Bundesregierung nachhaltige Bemühungen um eine tragfähige Friedenslösung.



In der Diskussion auf der Mitgliederversammlung der TIG **Wolmirstedt** wurden sehr emotionale Standpunkte gegen einen Krieg und für die Lösung des Irak-Problems mit friedlichen Mitteln zum Ausdruck gebracht. Einige Teilnehmer an der machtvollen Demonstration in Berlin am 15. Februar berichteten über ihre Eindrücke und erklärten ihre Bereitschaft, auch weiterhin alles ihnen Mögliche zu tun, um mitzuhelfen, einen Krieg zu verhindern. Alle 22 Teilnehmer an der Versammlung unterschrieben den Prignitzer Appell.

### Aus einem Brief unseres Freundes Erich Seeland:

*Ich stehe voll hinter der Erklärung des Vorstandes der ISOR e.V. Im ND lese ich aber eine Erklärung des Verteidigungsministers P. Struck, die das Nein des Kanzlers Schröder zum Krieg nicht mehr glaubwürdig erscheinen lässt. Struck macht die Bundeswehr für Kriege im Ausland fit. Da hat der Kanzler den Bock zum Gärtner gemacht. Wenn Herr Schröder es ehrlich meint, müsste er Struck entlassen.*

*Für Kriege, wie vorgesehen, werden Milliarden ausgegeben, im sozialen Bereich wird abgezockt.*

## Zur Vergleichsrente bei Zollrentnern

Von Rudolf Dürr

Ende Oktober vergangenen Jahres traf sich eine Rentnergruppe ehemaliger DDR-Zöllner in Berlin, um einzuschätzen, wie sich das neu erlassene 2. AAÜG-Änderungsgesetz für Zollrentner auswirkt. Im Mittelpunkt standen dabei Probleme, die sich bei der Umsetzung der Regelungen zur Vergleichsrente gemäß § 307b SGB VI n.F. ergeben.

1. Immer wieder tauchen Rentenbescheide auf, in denen bei der Berechnung der Vergleichsrente in der Anlage 16 nicht die tatsächlichen Einkommen, sondern nur die Jahresbruttoentgelte bis zur Höhe der Anlage 3 zum AAÜG zugrunde gelegt wurden. Da die Rentenversicherungsträger nach wie vor ihre fehlerhaften Bescheide nicht von Amts wegen korrigieren, sollten die Betroffenen mit Widersprüchen bzw. Anträgen die ordnungsgemäße Berechnung ihrer Vergleichsrente einfordern. Die dazu in einigen Presseorganen bereits früher gegebenen Hinweise, darunter auch in **ISOR aktuell** 10/2001 und 1/2002, sind vielen der betroffenen Bestandsrentner gar nicht bekannt.

2. Besondere soziale Benachteiligungen ergeben sich für Bestandsrentner der unteren Einkommensgruppen, für die die Vergleichsrentenberechnung nicht bereits ab 1. 1. 1992 sondern erst ab 1. 5. 1999 wirksam wird. Ihre Bescheide waren am Stichtag 28. 4. 1999 bestandskräftig. Ihre Arbeitsentgelte hatten zu keiner Zeit Begrenzungen nach § 6 (2) AAÜG unterlegen. Sie konnten gar kein begründetes Rechtsmittel gegen ihren Entgelt- oder Rentenbescheid einlegen. Für sie besteht weiter eine Ungleichbehandlung gegenüber Bestandsrentnern der Sozialpflichtversicherung mit FZR, die eigentlich mit der Neuregelung des § 307b SGB VI in Durchsetzung von Urteilen des Bundesverfassungsgerichts vom 28. 4. 1999 beseitigt werden sollte. Sie sind aber auch gegenüber den Zollbestandsrentnern benachteiligt, die wegen erfolgter Entgeltbegrenzungen die zutreffenden Bescheide nicht bindend werden ließen und damit Anspruch auf Berechnung der Vergleichsrente ab 1992 haben.

3. Benachteiligt sind auch die ältesten EU-Rentner gegenüber jüngeren EU-Rentnern, deren nach den Vorschriften des SGB VI neu berechneten EU-Rente bis 30. 6. 1993 Entgelt-

begrenzungen nach § 6 (2) AAÜG unterlag und die zwischen dem 1. 1. 1992 und dem 30. 6. 1993 ihr 65. Lebensjahr vollendet haben. Diese Entgeltbegrenzungen werden seitens des Rentenversicherungsträgers auch weiterhin bei der Ermittlung der Vergleichsrente entsprechend § 307b SGB VI n.F. zugrunde gelegt.

4. Durch die vom Rentenversicherungsträger praktizierte Auslegung werden Bestandsrentner, deren Regelaltersrente im Anschluss an eine vorher geleistete EU-Rente im Zeitraum bis April 1999 begann und deren Rentenbescheid am 28. 4. 1999 bindend war, generell von den im § 307b SGB VI n.F. getroffenen Regelungen über die Ermittlung der Vergleichsrente zu ihrer überführten EU-Rente ausgeschlossen.

Den TIG-Vorsitzenden wurde zu den oben kurz dargestellten Problemen ein ausführlicheres Material mit Sachverhaltsschilderung und den sich daraus ergebenden Maßnahmen für Rentengerechtigkeit zugestellt.

### Was dem Einen recht ist – ist dem Anderen billig?

*Zu einer Entscheidung des  
Bundesverfassungsgerichtes:*

Eine Rechtsanwältin aus Dresden (Westimport) hatte mit einer Klage, bezüglich des Gebührenabschlages von 10% der weiterhin für Ostdeutschland noch Gültigkeit hat, vor dem Bundesverfassungsgericht Erfolg (Nachrichten des MDR-Fernsehens am 28. 1. 2003 19.30 u. 21.45 Uhr). Die Begründung der Entscheidung war: „Der Unterschied ist mit dem Grundsatz der Gleichbehandlung (West/Ost) nach 12 Jahren deutsche Einheit, nicht mehr vereinbar!“

Hier bediente man sich auch des Artikels 3 der Verfassung „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.“ Diese Entscheidung ist richtig und sollte Signalwirkung für weitere tiefgreifendere Entscheidungen, auf sozialer Ebene haben. Es wäre im Interesse der sozialen Gleichbehandlung, des Rechtsfriedens im nunmehr geeinten Deutschland, aber auch im Interesse des internationalen Ansehens, wenn das höchstrichterliche Gremium dieses Landes zu einer durchgreifenden, und letztendlich Allen gerecht werdenden Auffassung gelangen, und die unbegründeten rentenrechtlichen Benachteiligungen abschaffen würde.

*Fred Schmidt (Beiratsmitglied)*



Für unseren weiteren Kampf ergeben sich aus der politischen Führungskonzeption des ISOR-Vorstandes vielfältige Anforderungen und Aufgaben, die uns alle herausfordern und eine breite Mitwirkung der Mitglieder sowie eine noch engere Zusammenarbeit mit

anderen betroffenen Vereinen und Verbänden im Territorium erfordern.

Bisher konnten wir auf die reichen Erfahrungen eines leidenschaftlichen Kämpfers gegen Rentenungerechtigkeit und Rentenstrafrecht bauen. Leider hat der Tod unseren

Freund Wolfgang Scheinpflug, den Mitgründer und langjährigen Vorsitzenden der TIG **Berlin-Hohenschönhausen**, aus unseren Reihen gerissen. Die aktive Arbeit in der TIG war für ihn von der ersten Stunde der Gründung der TIG bis zu seiner letzten Stunde Herzensbedürfnis und ein wichtiger Teil seines Lebens.

Der Vorstand der TIG sieht, auch in seinem

► Fortsetzung auf Seite 4

### ► Fortsetzung von Seite 3

Sinne, eine vorrangige Aufgabe in der Mobilisierung unserer Mitglieder, sich in persönlichen Petitionen an den Petitionsausschuss des Bundestages und des Abgeordnetenhauses von Berlin sowie mit zahlreichen Schreiben an Politiker zu wenden. Damit kann der politische Druck erhöht und die Bundesratsinitiative des Landes Mecklenburg-Vorpommern zu Rentenfragen wirksam unterstützt werden. Hierbei ist vor allem die direkte Hilfe und Unterstützung durch unsere Vorstandsmitglieder und die 69 Betreuer gefragt. Einige Freunde können diese Aufgabe vor allem aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr wahrnehmen. Wir danken Ihnen allen herzlich für ihre langjährige und gewissenhafte Arbeit.

**Klaus Schlegel TIG Vorsitzender**



Der solidarische Kampf für Rentengerechtigkeit hat sich für die Hälfte unserer Mitglieder gelohnt. Jedes Mitglied unserer TIG **Marienberg/Zschopau** hat entweder durch Gerichtsklagen gegenüber den Versorgungs- bzw. Rententrägern, in Protestschreiben an Abgeordnete und Minister selbst mit dazu beigetragen, daß sich mit dem 2. AAÜG-Änderungsgesetz die ganz persönlichen Lebensverhältnisse verbessert haben, obwohl das Rentenstrafrecht für einen Teil der Mitglieder nach wie vor besteht.

Im Namen all unser Mitglieder möchte ich auf diesem Wege den Rechtsanwälten Bleiberg & Schippert für ihre kämpferische und zielstrebige Arbeit den herzlichen Dank aussprechen.

Hinsichtlich der im Jahr 2003 vor uns stehenden Aufgaben befindet sich unsere TIG in voller Übereinstimmung mit dem ISOR-Vorstand und trägt mit Geschlossenheit und Solidarität die weiteren rechtlichen Auseinandersetzungen, die von den Rechtsanwälten Bleiberg & Schippert praktiziert werden.

Mit großer Besorgnis verfolgen unsere Mitglieder, wie viele andere Bürger Deutschlands, die Kriegsvorbereitungen der USA gegen Irak. Alle Teilnehmer an unserer Beratung haben ihren Protest zum Ausdruck gebracht, indem sie den Aufruf der PDS Dresden gegen den Irak-Krieg unterzeichneten und Frieden für die ganze Welt fordern.

**Martin Herrmann**



Auf unserer Mitgliederversammlung im Februar d.J., gab der Vorsitzende unserer TIG **Magdeburg** die Führungskonzeption des Vorstandes Berlin inhaltlich bekannt. Es herrschte mit den Mitgliedern Übereinstimmung, dass unser Kampf um Rentengerechtigkeit langwierig und hart sein wird. Wenn Herr Ströbele meint, es gebe im Deutschen Bundestag dafür gegenwärtig keine Mehrheiten, dann müssen wir dafür arbeiten, die-

se Mehrheiten zu schaffen. Im Schulterschluss mit den zahlreichen Sozialverbänden in unserem Land muß Rentengerechtigkeit erkämpft und der von CDU/CSU und leider auch von der SPD begonnene Abbau der sozialen Grundlagen verhindert werden. Die TIG Magdeburg steht geschlossen zu der Führungskonzeption unseres Vorstandes.

**Fritz Dost**

## Die AG Recht informiert

### 1. Gegen Widerspruchsbescheide des Bundesverwaltungsamtes weiterhin klagen

Nach dem Urteil des Bundessozialgerichts vom 20. 12. 2001 erteilt das Bundesverwaltungsamt seit Herbst 2002 neuartige Entgeltbescheide. Diese enthalten nicht mehr die nach AAÜG gekürzten Entgelte. Auch gegen diese Bescheide muss Widerspruch eingelegt werden (vgl. **ISOR aktuell** 10/02).

Nun hat das Bundesverwaltungsamt begonnen, auch neuartige Widerspruchsbescheide zu erlassen. Diese enthalten die Behauptung, der Widerspruch sei unzulässig, weil das Bundesverwaltungsamt als Versorgungsträger dem Rentenversicherungsträger nicht die Anwendung einer Beitragsbemessungsgrenze vorschreiben darf. Das Gesetz sagt aber, dass nach der Veränderung der Beitragsbemessungsgrenze (bisher von 0,7 auf 1,0 Entgeltpunkte) nur derjenige Anspruch auf eine Rentennachzahlung hat, der seinen Entgeltbescheid nicht bestandskräftig werden ließ. Deshalb muss auch gegen die neuen Widerspruchsbescheide des Bundesverwaltungsamtes innerhalb der üblichen Monatsfrist geklagt werden. Auch weiterhin kann dafür anwaltliche Unterstützung in Anspruch genommen werden.

### 2. Weiterhin Widerspruch auch gegen Rentenbescheide

Wegen der unklaren Rechtslage sollte aber auch weiterhin Widerspruch gegen neue Rentenbescheide eingelegt werden (vgl. **ISOR aktuell** 5/02 „Zweitens“). Dabei sollte sogleich erklärt werden: „Ich bin damit einverstanden, dass der Widerspruch ruht, um den Ausgang von Musterverfahren abzuwarten.“

Wer noch nicht Rentner ist, kann eine Rentenauskunft (§ 109 SGB VI) oder einen Bescheid über die Klärung des Versicherungsverlaufes (§ 1148 Abs. 5 SGB VI-Versicherungskonto) erhalten. Beide Arten der Mitteilung über eine künftige Rente sind nicht oder nur eingeschränkt verbindlich. Über die Höhe der Rente wird erst mit dem Rentenbescheid nach dem zu diesem Zeitpunkt geltenden Recht entschieden. Deshalb können die Rentenversicherungsträger den Widerspruch gegen eine Rentenauskunft oder einen Bescheid über die Klärung des Versicherungsverlaufes,

der sich gegen die Entgeltkürzung nach AAÜG wendet, als unzulässig zurückweisen.

Entscheidend bleibt immer der Widerspruch gegen den Rentenbescheid, also den Bescheid über die tatsächliche Zahlung einer Rente.

### 3. 20-Jahre-Vergleichsberechnung

In letzter Zeit informierten verschiedene Medien über Falschberechnungen von Vergleichsrenten. Insbesondere ein Gespräch mit dem BfA Direktor Klaus Michaelis in der Mitteldeutschen Zeitung vom 29. 1. 2003 erregte die Aufmerksamkeit vieler Rentner.

Grundlage für die Berechnung einer Vergleichsrente ist der mit dem 2. AAÜG-ÄndG geänderte § 307b SGB VI. An dieser Stelle sei nochmals darauf verwiesen, dass diese Bestimmung ausschließlich für Renten zutrifft, die am 31. 12. 1991 gezahlt wurden (Altersrente, Invalidenvollrente, Dienstbeschäftigtenvollrente oder Hinterbliebenenrente). Für alle anderen trifft diese Regelung nicht zu.

In **ISOR aktuell** Nr. 8/2001 S. 1 u. 2; Nr. 10/2001 S. 3 u. 4; Nr. 12/2001 S. 4 und Nr. 1/2002 S. 3 u. 4 wurde über die Anspruchsvoraussetzungen, über fehlerhafte Berechnungen sowie über Widersprüche und Anträge bei fehlerhafter Berechnung informiert. Danach kann nach wie vor verfahren werden.

Sollten nach persönlicher Prüfung der Bescheide der BfA dennoch Zweifel an der Richtigkeit bestehen, so empfehlen wir Beratungen der AG Recht in den TIG in Anspruch zu nehmen.

### 4. Anrechnung der FZR

Das folgende trifft nur auf Personen zu, die nach Beendigung ihrer Dienstzeit eine Anwartschaft auf Leistungen aus einem Sonderversorgungssystem erworben hatten, danach ausgeschieden sind, und in einem folgenden Beschäftigungsverhältnis nicht der FZR beigetreten sind bzw. nicht beitreten konnten.

Das sichere Merkmal einer solchen Anwartschaft ist die Bewilligung einer Übergangsrente nach dem Ausscheiden aus dem Dienstverhältnis. Wer mit einer solchen Anwartschaft aus dem Sonderversorgungssystem ausgeschieden ist und anschließend eine andere Tätigkeit ausgeübt hat, konnte nach Maßgabe der FZR-Verordnung vom 17. 11. 1977 nicht der FZR beitreten. Diese Regelung galt ab 1. 1. 1978. Um diese davon Betroffenen anderen gleichzustellen, werden sie in ihrem Versicherungsverlauf gem. § 256a (3) SGB VI so gestellt, als hätten sie der FZR angehört. Um das rentenrechtlich anerkannt zu bekommen, ist ein Antrag an die BfA zu stellen.

Die dieser FZR-Verordnung vorausgegangene Regelung, also gültig vor dem 1. 1. 1978, hat den Beitritt zur FZR für den genannten Personenkreis nicht ausdrücklich verboten. Nach heutiger Rechtsauffassung wäre also

der Beitritt zur FZR für diesen Personenkreis auf Antrag möglich gewesen. Wer das nicht getan hat, auch wenn die Rechtslage damals nicht so verstanden wurde, für den gilt die genannte Regelung nicht. Hier ist das rentenwirksame Einkommen auf 7.200 DM jährlich begrenzt.

#### 5. Dienstbeschädigungsteilrenten

Wiederholt gibt es Anfragen von ISOR-Mitgliedern zu Dienstbeschädigungsteilrenten.

Nach dem Beschluss des BVerfG vom 21. 11. 2001 darf die Zahlung einer Dienstbeschädigungsteilrente wegen des Bezuges einer Altersrente oder einer Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nicht mehr entzogen werden.

In **ISOR aktuell** Nr. 3/2002 S. 1 u. 2 wurde darüber umfassend informiert.

Eine gesetzliche Regelung dazu liegt noch nicht vor. Diese muss erst abgewartet wer-

den, um weiter handeln zu können.

Sobald sich hierzu neue Informationen ergeben, werden wir in **ISOR aktuell** darüber berichten.

#### Die Hochwasserkommission informiert

Die Hochwasserkommission erstattet dem Vorstand der ISOR e.V. auf dessen Sitzung am 26. Februar ihren Abschlussbericht, in dem es u. a. heißt:

Insgesamt gingen bis zum 31. 12. 2002 in der Geschäftsstelle 50 von TIG-Vorsitzenden oder anderen Funktionären bestätigte Anträge von hochwassergeschädigten Mitgliedern und Sympathisanten ein, die bis auf eine Ausnahme (mittelbarer Schaden aufgrund Eigentumswohnung) positiv entschieden werden konnten.

Die in den Anträgen genannten Schaden-

summen lagen zwischen 270,- und 160.000,- EURO. Sie betrafen in ihrer Gesamtheit alles, was zum Lebens- und Arbeitsbereich von Menschen im ehemaligen Territorium der DDR gehört. Eine Aufzählung würde den Rahmen dieses Berichtes weit übersteigen. Entsprechend diesen gewaltigen Unterschieden in der Schadensumme musste auch in der Verteilung der Spendenmittel differenziert werden. Dabei war die Kommission bemüht, erstens möglichst allen Geschädigten zumindest eine moralische Hilfe durch Überweisung eines mehr oder minder hohen Betrages zu leisten. Zweitens sollte vor allem solchen Geschädigten möglichst wirksam geholfen werden, deren weitere berufliche oder auch wohnliche Existenz ernstlich bedroht waren. Und drittens waren wir bemüht, bereits geleistete Zahlungen von Versicherungen und anderen Institutionen zu berücksichtigen.

► **Fortsetzung auf Seite 2**

### ISOR gratuliert allen Jubilaren, besonders:

#### zum 96. Geburtstag:

*Alfred Breuer, Meißen*

#### zum 93. Geburtstag:

*Kurt Haufe, Magdeburg*

*Ella Klammer, Berlin-Marzahn*

#### zum 92. Geburtstag:

*Curt Lehmann, Döbern*

#### zum 91. Geburtstag:

*Ewald Bühner, Bad Salzungen*

#### zum 90. Geburtstag:

*Walter Siegl, Gera*

#### zum 89. Geburtstag:

*Fritz Dietrich, Dresden*

*Heinz Schröder, Berlin-Marzahn*

*Max Such, Borna*

*Sofie Worm, Berlin-Mitte*

#### zum 88. Geburtstag:

*Ernst Hermann, Berlin-Mitte*

*Andreas Scheib, Stralsund*

*Richard Weiß, Suhl*

#### zum 87. Geburtstag:

*Alfred Dahl, Leipzig*

#### zum 86. Geburtstag:

*Senta Blumentritt, Gera*

#### zum 85. Geburtstag:

*Walter Dornig, Löbau*

*Heinz Gütschow, Berlin-Friedrichsfelde*

*Rudolf Sturm, Dresden*

#### zum 80. Geburtstag:

*Adam Bernhardt, Grimmen*

*Gerda Fiebig, Schmalkalden*

*Otto Gärtner, Zeitz*

*Alwin Hirschmann, Quedlinburg*

*Hilde Höfer, Hildburghausen*

*Harry Hoffmann, Zella-Mehlis*

*Alfred Kaffka, Rostock*

*Vladislav Karmaczin, Eichwalde*

*Heinz Marx, Halle*

*Werner Mickel, Dresden*

*Gisela Pönitzsch, Magdeburg*

*Fritz Rödel, Weißenfels/Naumburg*

*Hans Russ, Schwerin*

*Georg Schulze, Potsdam-Schlaatz*

*Irmgard Stockhaus, Berlin-Friedrichsfelde*

*Herbert Stüwe, Frankfurt/Oder*

*Erwin Sudy, Berlin-Friedrichsfelde*

*Günther Wolf, Chemnitz*

#### zum 75. Geburtstag:

*Helmut Baumbach, Schwallungen*

*Werner Behrens, Schwerin*

*Emil Bullin, Cottbus*

*Kurt Bärwinkel, Stralsund*

*Willy Böhme, Berlin-Treptow*

*Horst Conrad, Leipzig*

*Erika Dieball, Frankfurt/Oder*

*Inge Eismann, Berlin-Hohenschönhausen*

*Werner Fabich, Bautzen*

*Günter Feirich, Berlin-Mitte*

*Werner Fiebig, Langennaundorf*

*Erich Finke, Berlin-Marzahn*

*Max Fritsch, Neubrandenburg*

*Gerhard Fritzsche, Arnsdorf bei Dresden*

*Günter Geßner, Leipzig*

*Rudi Grosch, Berlin-Lichtenberg*

*Ernst Günther, Bergen*

*Helmuth Heim, Berlin-Friedrichsfelde*

*Horst Hennig, Löbau*

*Werner Heineck, Jena*

*Siegfried Häubler, Berlin-Marzahn*

*Günter Hugler, Oranienburg*

*Sonja Hüttich, Meiningen*

*Margarete Hüttig, Gera*

*Karl-Heinz Jung, Eisleben*

*Edgar Kalb, Magdeburg*

*Harry Kalsow, Lützen*

*Gerhard Ketter, Berlin-Friedrichsfelde*

*Manfred Kinder, Chemnitz*

*Brigitte Krafft, Halle*

*Eduard Kreissl, Altenburg*

*Alfred Kriese, Güstrow*

*Josef Kriwalski, Frankfurt/Oder*

*Hans Krüger, Berlin-Treptow*

*Ingeborg Kwast, Frankfurt/Oder*

*Heinz Liebsch, Niesky*

*Alfred Lukow, Berlin-Friedrichshain*

*Margit Lumme, Magdeburg*

*Herbert Magdeburg, Halle*

*Heinz Mazander, Cottbus*

*Hans Mende, Rostock*

*Fritz Michalek, Lichtenow*

*Harry Motz, Berlin-Friedrichsfelde*

*Hans Müller, Berlin-Lichtenberg*

*Lieselotte Müller, Berlin-Karlshorst*

*Ruth Müller, Berlin-Hohenschönhausen*

*Helga Neefe, Berlin-Köpenick*

*Ilse Nitzsche, Chemnitz*

*Heinz Paulick, Berlin-Friedrichsfelde*

*Herbert Peter, Schwerin*

*Fritz Rahnsch, Berlin-Weißensee*

*Gerhard Rausch, Weilar*

*Heinz Rothe, Cottbus*

*Margot Scharlach, Halle*

*Erhard Schliesch, Dresden*

*Bernhardt Schmidt, Berlin-Friedrichshain*

*Karl Schmidt, Wanzleben*

*Horst Schmuhl, Berlin-Treptow*

*Henry Schuhmann, Gera*

*Fritz Schulz, Cottbus*

*Werner Schulz, Oelsnitz*

*Hans Seifert, Suhl*

*Gertraude Skibba, Berlin-Lichtenberg*

*Bruno Steinberger, Potsdam-Babelsberg*

*Rolf Stock, Berlin-Lichtenberg*

*Gerda Striegler, Chemnitz*

*Franz Vanerka, Güstrow*

*Siegfried Weiß, Berlin-Lichtenberg*

### ► Fortsetzung von Seite 5

Ausgehend davon wurden Überweisungen zwischen 100,- und 24.000,- EURO geleistet. An 49 Geschädigte wurden insgesamt 153.100,- EURO überwiesen. 1.400,- EURO wurden für den einen noch offenen Schadenfall zurückgehalten, 19,90 EURO zur Begleichung von Verwaltungsausgaben verwendet. Jede Überweisung wurde der/ dem/ den Geschädigten in einem persönlichen Schreiben angekündigt.

### Der Vorstand teilt mit

Auf seiner Sitzung am 26. Februar nahm der Vorstand eine Beurteilung der politischen und juristischen Lage vor und arbeitete Konsequenzen für den weiteren Kampf gegen das Rentenstrafrecht heraus.

Der Landesbeauftragte für Sachsen-Anhalt gab einen Bericht zur Organisation und Wirksamkeit der Arbeit in den TIG, zum Zusammenwirken mit Vereinen und Verbänden sowie zur Einflussnahme auf Landesbehörden und Parteien.

Weiterhin beschloss der Vorstand eine neue Finanzordnung.

Der Vorstand bestätigte den Abschlussbericht der Unabhängigen Kommission zur Verteilung von Spenden – Hochwasser – und entlastete dieselbe, die damit ihre Tätigkeit beendet hat.

Aus diesem Anlass möchte sich der Vorstand bei allen, die zu dem hervorragenden Sammelergebnis von 154.519,90 Euro beigetragen haben oder in anderer Weise finanzielle oder andere Hilfe zur Überwindung der Hochwasserschäden geleistet haben, recht herzlich bedanken.

Die SOLIDARITÄT, Grundgedanke unserer Initiativgemeinschaft, hat sich auch bei der Bewältigung dieser ungewöhnlichen Situation bewährt. Halten wir sie auch weiter in Ehren.

★

Mit der Information Nr. 1/2003 vom 3. 3. 2003 wurde den Vorständen der TIG der Jahresabschluss 2001 übergeben. Die Mitglieder können bei ihren Vorständen darin Einsicht nehmen. Die Erarbeitung des Jahresabschlusses und der Bilanz 2001 hatte sich im Steuer-

büro durch die Inbetriebnahme neuer Software erheblich verzögert. Die termingerechte Vorlage der Bilanz 2002 beim Finanzamt per 28. 2. 2003 wurde gewährleistet.

★ ★ ★

**Die AG ehemalige Angehörige der Grenztruppen der DDR der GRH lädt ein zum Frühjahrestreffen am 5. 4. 2003 im Veranstaltungszentrum der BBJ Corvus GmbH, Herzbergstr. 84 10365 Berlin. Der Hauptbeitrag wird gehalten durch Dr. Hans Modrow.**

Einlass ab 8.30 Uhr Beginn: 10.00 Uhr  
Ende: gegen 15.45 Uhr.

### Reiseangebot der AG Freizeit und Reisen der GBM

Reise zu den Opernfestspielen nach Verona. Gelegenheit zum Besuch der Opernaufführung „AIDA“ in der Arena, einem Römischen Amphitheater.

**Termin: vom 25. bis 30. Juli 2003**

**Preis im DZ: 438,00 Euro**

**Eintritt: 72,00 Euro**

**Leistungen:** Fahrt im mod. Bus; 5 Übernachtungen mit HP in einem Hotel in Garda; Halbtagsführungen in Verona und Venedig; diverse Besichtigungen; Reiserücktrittskostenvers.; Reiseleitung GBM.

*Interessenten wenden sich bitte an die Geschäftsstelle der GBM: Weitlingstr. 89, 10319 Berlin - Tel.: 030 5578397*

*Fax: 030 5556355*

*e-mail: [gbmev@t-online.de](mailto:gbmev@t-online.de)*

*Auskünfte erteilt der Leiter der AG, Gisbert Graff, Tel.: 030 56587715*

### Von Mitglied zu Mitglied

Preisw. Kurzurlaub in der **Lausitz**, Nähe Niesky. Kleine Hotelpension in ruhiger wald- und wasserreicher Lage bietet FZ und FW für Ihren Urlaub. Z. B. 7 Ü/F f.2 Pers. zu 250 Euro. Tel.: 035894/30470, Fr. Weiser

★

Komf. Ferienwohnung/-zimmer in **Schleusingen/Thür.** Tel.: 036841 47598  
[www.schleusingen.de/ratschererhoehe](http://www.schleusingen.de/ratschererhoehe)

★

Berggasthof u. Pension „Riesenberger Häuser“ in Sosa. Tel./Fax: 03773 883080  
Email: [riesenberger-haeuser@freenet.de](mailto:riesenberger-haeuser@freenet.de)

Der „**Ernst-Busch-Chor Berlin**“ gibt am 27. April 2003, 10.00 Uhr im Berliner Filmtheater Kosmos ein Konzert aus Anlass seines 30. Geburtstag.

Interessenten haben die Möglichkeit, ab 4. 3. 2003 jeweils Dienstag, Mittwoch und Freitag zwischen 9.00 und 15.00 Uhr Karten für das Konzert in der ISOR-Geschäftsstelle, bei Kurt Urban oder Wolfgang Ney, Zimmer 312, zu beziehen.

Eintritt: Erwachsene 8,- €, Kinder 4,- €.



### Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder

WILLI BARTSCH, Dippoldiswalde  
SIEGFRIED BÄR, Leipzig  
ARNDT BERGMANN, Cottbus  
ALWIN BUNDE, Wolfen  
FRIEDRICH DÄDLER, Neubrandenburg  
WOLFGANG DRECHSEL, Dresden  
LOTHAR DREISCHAF, Halle  
EUGEN FENNER, Breitungen  
RUDOLF GREILING, Berlin-Hohenschönh.  
HELMUT GRESSE, Jessen  
GÜNTER HANIAK, Cottbus  
GERDA HOLL, Gera  
KARL JAHN, Plauen  
KARL KLEINJUNG, Berlin-Köpenick  
URSULA KOLBOW, Potsdam-Stern  
HANS LIESK, Berlin-Lichtenberg  
GUSTAV LORPER, Güstrow  
ROLF MÜHL, Chemnitz  
JOHANNES NIEßNER, Dresden  
GERTRAUDE NINDEL, Leipzig  
BERNHARD PAUL, Leipzig  
GOTTFRIED REICHERT, Chemnitz  
RAINER REINHOLD, Schwedt  
ERIKA SCHAB, Rostock  
WOLFGANG SCHEINPFLUG, Berlin-H'schönh.  
GÜNTER SCHMIEDKE, Frankfurt/Oder  
KLAUS-PETER SCHÖNIG, Dresden  
THEA SCHÖNIG, Sennewitz  
GÜNTER REIMANN, Pirna  
WILLI SENST, Berlin-Friedrichsfelde  
LUDWIG STADLER, Hohenstein-Ernstthal  
DETLEF STEFFEN, Waren  
GÜNTER TAGGE, Bergen  
EBERHARD TRÖGER, Berlin-Mitte  
ROLF UNGERMANN, Berlin-Friedrichsfelde  
**Ehre ihrem Andenken.**

### Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Horst Bischoff, c/o Geschäftsstelle

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 5. 3. 2003

Einstellung in das Internet: 3 Tage nach Redaktionsschluss.

Satz: SATZ-Studio Kehrer, 12355 Berlin

Druck: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 - 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. - Postfach 700423 - 10324 Berlin

e-mail: [ISOR-Berlin@t-online.de](mailto:ISOR-Berlin@t-online.de)

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse  
Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:  
Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Dienstag 9 bis 12 Uhr

Jeden 1. und 3. Donnerstag 15 bis 18 Uhr